

Nr. 6/2017

PRESEMITTEILUNG

VKU begrüßt deutliche Kritik des Bundesratsumweltausschusses am Verpackungsgesetz (VerpackG)

Berlin, 27.01.2017 Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßt die klaren Empfehlungen des Bundesratsausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit an das Plenum des Deutschen Bundesrat zum Entwurf des Verpackungsgesetzes.

Dazu VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp: „Die gestrigen Empfehlungen des Bundesratsausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zum Verpackungsgesetz decken sich weitgehend mit den Forderungen des VKU. Insbesondere begrüßen wir, dass der Umweltausschuss dem Bundesrat empfiehlt, bei den Kernaussagen seiner Entschließung vom 29. Januar 2016 und den Zielen, die bestehenden Verwertungsquoten deutlich zu erhöhen, ein besseres und innovativeres Recycling zu erreichen, sowie die kommunalen Interessen genauso wie den Wettbewerb von privaten Anbietern zu wahren, zu bleiben. Ebenso richtig ist die Einschätzung des Umweltausschusses, dass die Sammlung von Verpackungen und Wertstoffen aus privaten Haushalten als Teil der Daseinsvorsorge in die Hand der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger gehört und die Entsorgung von Abfällen aus Papier, Pappe und Kartonagen aus dem Regelungsregime des Verpackungsgesetzes herausgenommen werden muss.“

In seinem Beschluss sieht der Umweltausschuss den Ansatz, es den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern zu ermöglichen, Vorgaben über die Art des Sammelsystems, der Sammelbehälter und des Umfangs der Behälterentleerung machen zu können, durch erhebliche Einschränkungen und Zustimmungserfordernisse deutlich konterkariert. Ferner erwartet der Ausschuss auf Grund der vielfältigen Vorbehalte zugunsten der Systembetreiber eher eine Zunahme der rechtlichen Risiken für die Kommunen und eine Entwertung der angekündigten Stärkung der Kommunen; die Entwicklung neuer ökologischer Steuerungsmodelle durch die Kommunen würde nach dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung bereits im Ansatz erstickt. Hasenkamp: „Auch diese Einschätzungen des Umweltausschusses des Bundesrates treffen voll und ganz die Befürchtungen, die unsere Mitglieder mit dem Verpackungsgesetz verbinden. Wir

Invalidenstraße 91

10115 Berlin
www.vku.de

Geschäftsführer
Kommunikation:
Carsten Wagner
Fon +49 30 58580-220
Mobil +49 170 8580-220
Fax +49 30 58580-107
carsten.wagner@vku.de

Pressesprecher:
Stefan Luig
Fon +49 30 58580-226
Mobil +49 170 8580-226
Fax +49 30 58580-107
luig@vku.de

Stv. Pressesprecherin:
Elisabeth Mader
Fon +49 30 58580-227
Mobil +49 170 8580-227
Fax +49 30 58580-107
mader@vku.de

bitten die Länder daher darum, der Empfehlung des Umweltausschusses in der Bundesratssitzung am 10. Februar zu folgen.“

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt mehr als 1.450 kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit knapp 260.000 Beschäftigten wurden 2014 Umsatzerlöse von mehr als 111 Milliarden Euro erwirtschaftet und mehr als 9,4 Milliarden Euro investiert. Die VKU-Mitgliedsunternehmen haben im Endkundensegment große Marktanteile in zentralen Versorgungsbereichen (Strom 54 Prozent, Erdgas 56 Prozent, Trinkwasser 85 Prozent, Wärmeversorgung 67 Prozent, Abwasserentsorgung 40 Prozent). Sie entsorgen jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und tragen entscheidend dazu bei, dass Deutschland mit 65 Prozent die höchste Recyclingquote in der Europäischen Union hat. Die kommunalen Unternehmen versorgen 5,7 Millionen Kunden mit Breitband. Bis 2018 planen sie Investitionen von rund 1,7 Milliarden Euro, um dann insgesamt 6,3 Millionen Menschen an schnelles Internet anschließen zu können.